Wo kein Recht mehr gilt

Maskierte Männer, die nach Belieben Immigranten festnehmen: In einem New Yorker Gericht zeigt sich, wohin Trump die USA führt

Von Nicolas Büchse, stern, 16.07.2025

Miguel Mauro rutscht auf dem Stuhl hin und her im grellen Licht des fensterlosen Raumes, Saal 32, 12. Stock, Einwanderungsgericht in Manhattan. An diesem Julimorgen hat Mauro, der eigentlich anders heißt, sein bestes Hemd angezogen, er hat die Haare sorgsam nach hinten gekämmt. Unter den Augen von Präsident Donald Trump und Vizepräsident J. D. Vance, die grimmig von den gerahmten Fotos in der Eingangshalle blicken, hat er dann den Ort betreten, wo an diesem Tag über sein Schicksal bestimmt wird.

„In dieser Anhörung soll entschieden werden, ob Sie aus den USA ausgewie -sen werden können. Die Regierung wirft Ihnen vor, illegal in die USA eingereist zu sein“, erklärt die Richterin von ihrem Podest herab, verschanzt zwischen zwei Computerbildschirmen. Zu ihrer Linken sitzt die Staatsanwältin des Heimatschutzministeriums; sie wird während der gesamten Anhörung nicht von ihrem Computer aufblicken. Miguel Mauro nickt langsam, nachdem er den Satz von der Übersetzerin auf Spanisch gehört hat. Er soll die Hand zum Schwur heben, sein Heimatland nennen: Venezuela. Vor zwei Jahren sei er vor den Banden geflohen, sagt er. Die Richterin fragt: „Haben Sie Angst, in Ihr Heimatland zurückzukehren?“ Mauro nickt. Die Richterin will wissen, ob er sich einen Anwalt suchen wolle. Mauro antwortet: „Sí.“

Danach geht alles schnell. Die Richterin erklärt, sie gewähre ihm dafür einen Aufschub, die nächste Anhörung sei im März 2026. Mauro sagt die Worte, die er auf Englisch einstudiert hat: „Thank you, your honor.“ Als er Richtung Tür schreitet, lächelt er zum ersten Mal. Doch kaum steht er auf dem

Flur, umringen ihn zehn vermummte Männer. Sie tragen Baseballcaps, Jeans, T-Shirts und grüne Schutzwesten, an ihren Gürteln hängen Handschellen, bei einigen auch Taser und Pistolen.

Trumps Truppen, so nennen sie die Leute hier.

Sie waren vor ein paar Wochen plötzlich auf den Gerichtsfluren aufgetaucht. Seitdem lungern sie hier jeden Tag herum, ihre Namen wollen sie nicht nennen, ihre Gesichter nicht zeigen. So bedrohlich wirken sie, dass sich Kinder an den Händen ihrer Eltern festklammern.

Einer der Maskierten brüllt: „Miguel Mauro, wir haben einen Haftbefehl." Zwei andere greifen ihn, drücken ihn an die Wand, legen ihm Handschellen an und stoßen ihn in einen Fahrstuhl. „Aber ich habe doch einen Termin im März", ruft Mauro noch auf Spanisch, sein Gesicht vor Schreck verzerrt. Die Fahrstuhltüren schließen sich, und ein weiterer Einwanderer verschwindet in Richtung Abschiebegefängnis nach Texas oder Kentucky oder vielleicht sogar nach Costa Rica. Selbst Anwälte fahnden manchmal tagelang nach ihren Mandanten. Vielleicht bringen sie Miguel Mauro auch in das gerade von Trump eröffnete „Alligator Alcatraz" in Florida. Die örtliche Republikanische Partei verkauft voller Stolz T-Shirts mit dem Schriftzug, als sei der Abschiebeknast mitten in den Everglades eine Touristenattraktion.

Das Einwanderungsgericht von Manhattan ist derzeit einer der am stärksten umkämpften Orte in Amerika. Hier wird nicht nur verhandelt, wie die Vereinigten Staaten mit Einwanderern umgehen, sondern auch, was es in Zukunft heißt, amerikanischer Staatsbürger zu sein – und was vom Rechtsstaat bleibt, wenn sich ein Präsident nicht an das Recht halten will.

Natürlich sprechen drinnen in den Gerichtssälen noch immer Richterinnen und Richter Recht. Doch draußen auf den Fluren nehmen die vermummten Gestalten das Recht selbst in die Hand. Sie setzen sich einfach darüber hinweg, dass die Richterin in Raum 12 an diesem Tag keinen Abschiebeantrag der Staatsanwaltschaft zulässt. Sie folgen allein der Vorgabe der Trump-Regierung, und die lautet seit einigen Wochen: Festnahme von 3000 illegalen Einwanderern pro Tag.

Als Polizisten der Einwanderungspolizeibehörde ICE und der Grenzpolizei sind sie in diesen Wochen abgestellt als Kopfgeldjäger. Ein neues Gesetz garantiert ihnen 10 000 Dollar Prämie pro Jahr. Seit Wochen zieht diese Abschiebe-Armee durch die Vereinigten Staaten, gern auch durch das

liberale New York, um hier ein Exempel zu statuieren. Die Männer durchkämmen Baumärkte, Restaurants und Wohnungen auf der Suche nach Immigranten ohne Dokumente. Oder sie warten einfach auf ihre Opfer. Wie im Einwanderungsgericht, denn hier müssen die Einwanderer zu ihren Asylanhörungen erscheinen.

AUS COPS WERDEN KOPFGELD-JÄGER

So wie eine Familie aus Ecuador. Sie hastet nervös durch das Spalier der Vermummten zum Wartebereich. Als ihr Mann zur Anhörung aufgerufen wird, stillt die Frau ihr fünf Monate altes Baby und erzählt dem achtjährigen Sohn Geschichten.

Oder wie der Vater mit seinem erwachsenen Sohn. Er sei Sergeant in der venezolanischen Armee gewesen, erzählt er, und vor dem Terror des Diktators Maduro geflohen. Der Sohn hat heute eine Asylanhörung, er blickt ängstlich zu den maskierten Polizisten, der Vater legt ihm die Hand auf die Schulter.

Oder wie eine Frau, auch sie stammt aus Venezuela, die der Richterin unter Tränen erklärt, sie habe Beweise, dass ihr Enkelkind umgebracht wurde.

Sie alle gehören zu den geschätzt elf Millionen Menschen, die in den USA oft als „Illegale“ bezeichnet werden: Einwanderer ohne gültige Aufenthaltspapiere. Viele von ihnen leben seit Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten, sie arbeiten, gründen Familien, zahlen laut Schätzungen gut 100 Mil liarden Dollar Steuern und Beiträge in das Rentensystem. Die Ausweisung von Illegalen war Donald Trumps wichtigstes Wahlversprechen. Er behauptete, dass Länder wie Mexiko den Vereinigten Staaten ihre Mörder und Vergewaltiger schickten. Er versprach, alle Kriminellen nach Hause zu befördern. Doch längst nimmt er alle Immigranten ohne Dokumente ins Visier. Von den rund 200 000 Menschen, die bis Mitte des Jahres abgeschoben oder in Abschiebelagern interniert wurden, sollen laut Schätzungen von CNN die überwiegende Mehrheit, nämlich gut 90 Prozent, keine Straftaten begangen haben.

SIE VERLIEREN DEN GLAUBEN AN IHR AMERIK A

Auch deshalb wächst der Protest gegen Trumps Abschiebepolitik. Er erreicht auch die einst so ruhigen Flure des Gerichts in Manhattan. Anwälte, Kirchenvertreter und Politiker der Demokraten stehen dort den maskierten Polizisten angespannt wie in einem Westernduell gegenüber.

Brad Lander stellt sich an diesem Tag im Gerichtsflur neben die maskierten Männer der Einwanderungspolizei. Er grüßt, sie blicken starr ins Leere. „Warum sagt ihr nichts, wir haben doch neulich so viel Zeit miteinander verbracht?“, fragt er. Brad Lander ist Stadtkämmerer von New York und einflussreicher Politiker der Demokraten. Vor drei Wochen hatte seine Begegnung mit der Einwanderungspolizei hier im Gerichtsflur Schlagzeilen gemacht. Damals hatte er einen Einwanderer aus dem Saal begleitet, sich schützend vor ihn gestellt und protestiert, als die maskierten Einheiten den Mann abführen wollten.

Plötzlich attackierten die Einwanderungspolizisten auch Lander, zogen seine Arme nach hinten und nahmen ihn fest.

Lander verbrachte einige Stunden in Gewahrsam, er verlor einen Jackettknopf und den Glauben an den Rechtsstaat. Das Video seiner Verhaftung gilt unter Demokraten als Beleg für das Abgleiten der USA in den Autoritarismus eines Polizeistaates.

Heute, erzählt Lander im Gerichtsflur, hat er einen Immigranten aus dem Sudan zur Anhörung begleitet, dessen Mutter und Onkel ermordet worden waren. Dieses Mal sei es gut ausgegangen; die Einwanderungspolizisten ließen den Mann passieren. „Wissen Sie eigentlich, dass das, was Sie hier tun, nicht rechtmäßig ist?“, fragt Lander zwei vermummte Einwanderungspolizisten. „Wir handeln im Auftrag der Regierung und sorgen für ein ordnungsgemäßes Verfahren“, brummt einer.

„Das soll ein ordnungsgemäßes Verfahren sein? Die Menschen haben ein Recht auf eine Anhörung. Viele von ihnen wurden gefoltert oder verfolgt. Wie könnt ihr eigentlich schlafen, wenn ihr Familien auseinanderreißt, die hier friedlich gelebt und gearbeitet haben?“, fragt Lander. „Sehr gut“, sagt ein Polizist und lacht. „Und warum versteckt ihr euch dann hinter Masken, wenn alles so ordnungsgemäß ist?“, fragt Lander. – „Ich muss nicht mit Ihnen reden“, sagt der Polizist.

Später, im Fahrstuhl auf dem Weg zu einem anderen Gerichtssaal, schimpft Lander aufgebracht: „Wir erleben auf diesen Fluren den Notstand unserer Demokratie. Das Gericht ist kein Gericht

mehr. Es ist eine Entführungsfalle. Donald Trump plant anscheinend mit der Immigrationspolizei den ersten Schritt einer militä rischen Machtübernahme, er fängt mit den Schwächsten, den Einwanderern, an. Er wird immer weitergehen, wenn wir ihn nicht aufhalten."

Stephen Kelly steht neben ihm und nickt. Der erfahrene Anwalt sagt, er dürfte mit gutem Gewissen eigentlich keine Mandate mehr annehmen, er könne doch sowieso nichts tun. „Jeder hat das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren. Und das wird einfach ignoriert. Von den Richtern, die Trump ihre Karriere verdanken, von den Anwälten, die mit ihm Karriere machen wollen. Niemand tut etwas, ich hätte nie gedacht, dass es so weit kommt." Kelloy erzählt von einem seiner Mandanten, einem russischen Dissidenten auf der Flucht vor Putin. Früher, sagt der Anwalt, ein klarer Fall für Asyl. Nun habe er erfahren, dass sein Mandant in ein Abschiebegefängnis nach Texas gebracht worden sei.

Massenabschiebungen sind nicht außergewöhnlich in den USA. Auch unter demo kratischen Präsidenten wie Joe Biden und Barack Obama wurden Zehntausende Einwanderer pro Jahr abgeschoben, zumeist Straftäter. Meist aber galt seit Jahrzehnten das unausgesprochene Abkommen mit den Millionen der undokumentierten Einwanderer: stille Duldung – dafür schufteten die Männer und Frauen zu Dumpinglöhnen, das half auch der Wirtschaft.

Der Plan eines weißen Amerika Nun aber testet Donald Trump die moralischen und rechtlichen Grenzen. Der Plan dafür liegt schon seit Jahren vor, erson nen vor allem von seinem Berater Stephen Miller. Der Hardliner verfolgt unverhohlen den Plan eines weißen und christlich dominierten Amerikas. Miller und seine Mitstreiter nutzen Versatzstücke rechter Propaganda, sprechen von einer „Invasion aus dem Süden" und „Remigration". Sie wollen die amerikanische Gesellschaft umformen, selbst vor Einwandererkindern machen ihre Pläne nicht halt.

Menschen, die in den USA geboren werden, sollen künftig nicht mehr automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen. Donald Trump unterzeichnete eine entsprechende Anordnung, die der Verfassung widerspricht und deshalb vorerst auf Eis liegt.

Die Angst wächst unter den undokumentierten Einwanderern in New York, seit die Einwanderungspolizisten durch die Stadt und das Gericht ziehen. In einem Keller im New Yorker

Stadtteil Bushwick legt eine Frau aus Mexiko die Hände auf den runden Bauch. In fünf Wochen soll das Baby kommen, sagt Lis Sanchez, auch sie möchte ihren richtigen Namen nicht nennen. Doch wie soll sie sich auf die Geburt freuen, wenn sie sich nicht mehr traut, an die Tür zu gehen, aus Angst vor der Polizei? Wie soll sie reagieren, wenn ihre beiden Kinder ihr sagen: Mama, was machen wir, falls sie dich und Papa holen kommen? Was, wenn das Baby nicht mehr die amerikanische Staatsbürgerschaft erhält und damit ohne Krankenversicherung leben muss, wie sie selbst es seit ihrer Einreise vor 20 Jahren tut? Sie habe ihren Kindern ein geschärft, die Tür nicht mehr aufzumachen, wenn sie allein zu Hause sind.

Sanchez liegt nachts wach und überlegt, ob sie die Vormundschaft für ihr Baby zur Sicherheit einem Onkel mit amerikanischer Staatsbürgerschaft überschreiben lassen solle. Sie fragt sich, ob sie ihrem Baby ein gutes Leben noch ermöglichen könne, wenn es jederzeit von den Häschern der Einwanderungspolizei geholt werden könne. Sie kennt genügend Geschichten von Nachbarn, die nach einem Termin im Einwanderungsgericht einfach nicht mehr nach Hause kamen.

Dort trifft Brad Lander, es ist Mittag geworden, im 12. Stock auf Fabián Arias, der in New York als Pfarrer der Einwanderer bekannt ist. In der einen Hand hält der Geistliche die Hand eines kleinen Mädchens mit kunstvollen Rastazöpfen, mit der anderen umarmt er dessen schluchzende Mutter. „Sie kommen aus Honduras. Die Einwanderungspolizisten haben den Vater nach der Anhörung mitgenommen, einfach so. Das Mädchen fragt mich: ‚Wo ist mein Papa?'", sagt der Pfarrer und kämpft mit den Tränen. „Wir wissen nicht, wo sie ihn hingebracht haben."

Später geben Lander und der Pfarrer eine kurze Pressekonferenz. Brad Lander sagt: „Ich weiß, dass im ganzen Land viele dunkle Dinge vor sich gehen, aber hier erleben wir, dass wir endgültig auf dem Weg zu einem autoritären Regime sind. Ich bitte jeden Bürger von New York hierherzukommen und sich selbst ein Bild zu machen." Pfarrer Fabián Arias erklärt: „Dies ist Terrorismus gegen die Einwanderergemeinschaft in einer aggressiven und gewalttätigen Art und Weise. Wir müssen versuchen, alles zu verteidigen, die Demokratie und die verfassungsmäßigen Rechte, die sie garantiert."

Es sind kämpferische Worte, die allerdings die Ohnmacht kaum kaschieren. In den folgenden Wochen und Monaten werden oberste Gerichte entscheiden, ob Donald Trump mit seinem Umbau

des Staates durchkommt. Der Supreme Court hat schon klargemacht, dass er dem Präsidenten weitreichende Befugnisse einräumt. Wie immer auch die Entscheidungen ausfallen mögen, für viele Menschen werden sie zu spät kommen.

Der Sergeant aus Venezuela erfährt erst am Nachmittag, dass die Einwanderungspolizisten seinen Sohn mitgenommen haben. Aufgebracht rennt er zu den Zellen im 10. Stock und ruft: „Deportiert mich auch! Ich will bei meinem Sohn bleiben!“ Der Wachmann antwortet schneidend: „Kauf dir einfach ein Flugticket nach Venezuela, dann kannst du deinen Sohn bestimmt bald sehen!“

Als die junge Mutter aus Ecuador erfährt, dass ihr Mann abgeführt worden ist, legt sie ihr Baby in den Kinderwagen, nimmt ihren Sohn an die Hand und geht mit starrem Blick und schnellen Schritten an den maskierten Einheiten vorbei Richtung Ausgang.

Dann, erst dann, weint sie bitterlich.